# Preußische Gesetzsammlung

1936 Ausgegeben zu Berlin, den 18. Juli 1936 Ar. 17

Fag Fund III.

9. 7. 36. Verordnung über das Intraftsehen einer Vereinbarung zwischen Preußen, Olbenburg und Außenweser.

9. Wetanntmachung der nach dem Gesehe vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw.

(Nr. 14338.) Verordnung über das Inkraftsetzen einer Vereinbarung zwischen Preußen, Oldenburg und Vremen über die einheitliche Verwaltung der Strandungsangelegenheiten in der Unter= und Außenweser. Vom 9. Juli 1936.

Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 75) wird verordnet:

#### Artifel 1.

Die nachfolgend veröffentlichte Vereinbarung zwischen Preußen, Oldenburg und Bremen über die einheitliche Verwaltung der Strandungsangelegenheiten im Gebiet der Unter- und Außenweser tritt rückwirkend mit dem 1. Juni 1936 in Kraft.

#### Artifel 2.

Die obersten Landesbehörden in Preußen, Oldenburg und Bremen werden ermächtigt, die zur Durchführung der Vereinbarung erforderlichen Bestimmungen für Preußen, Oldenburg und Bremen zu erlassen.

Berlin, den 9. Juli 1936.

Der Reichs- und Preußische Minister des Innern.

> In Vertretung: Vfundtner.

Der Reichs= und Preußische Verkehrsminister. Frhr. v. El h.

## Vereinbarung

zwischen den Landesregierungen Preußen, Oldenburg und Bremen über die einheitliche Verwaltung der Strandungsangelegenheiten im Gebiet der Unterweser und Außenweser.

Zur Vereinfachung der Verwaltung und zweckmäßigeren Gestaltung der Strandbehörden an der Unterweser und Außenweser sowie zur Erzielung einer einheitlichen Rechtsprechung haben die Landesregierungen von Preußen, Oldenburg und Bremen über die bisherigen preußischen, oldenburgsischen und bremischen Strandämter an der Unterweser und Außenweser solgende Vereinbarung getroffen:

or ganbesveglenmen ans \$ 35

Zuständiges Strandamt im Sinne der Strandungsordnung vom 17. Mai 1874 (Reichs= gesetzbl. S. 73) im gesamten Gebiet der Unterweser und Außenweser ist das Strandamt Bremer= Gesetzsammlung 1936. (14 338.)

haven. Diesem werden insbesondere auch die der Aufsichtsbehörde nach den §§ 38 und 40 ber Strandungsordnung zustehenden Befugnisse übertragen.

Bei Entscheidungen über Ansprüche aus Bergungen oder Hilfsleiftungen im preußischen oder oldenburgischen Gebiet hat das Strandamt Bremerhaven einen oder mehrere Sachverständige hinzuzuziehen, die einer alljährlich vom Regierungspräsidenten in Stade beziehungsweise dem Minifter des Innern in Oldenburg aufzustellenden und dem Strandamte Bremerhaven zu übersendenden Liste zu entnehmen sind.

Die Kosten der laufenden Verwaltung des Strandamts Bremerhaven trägt das Land Bremen; dieses erhält auch die Gebühren und sonstigen Ginnahmen.

8 4.

Die den Landesregierungen nach § 2 der Strandungsordnung zustehenden Befugnisse bleiben bestehen.

Die Strandbögte haben den dienftlichen Anweisungen des Strandamts Bremerhaven nachzukommen. Dieses erläßt eine Dienstanweisung für die Strandvögte.

Soweit die Strandvögte eine Aufwandsentschädigung erhalten, wird diese von der Landes regierung getragen, die die Ernennung vornimmt.

Die nachfolgend veröffentlichte Bereinbard grundlichen grenhen

Diese Bereinbarung tritt am 1. Juni 1936 in Kraft.

Berlin, den 8. April 1936.

Oldenburg, den 30. Mai 1936.

Göring. Bauly.

Preußisches Staatsministerium. Oldenburgisches Staatsministerium.

Bremen, den 23. Mai 1936.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen.

Otto Seider Regierender Bürgermeister. Andertrig Cod Todsinistes

Unlage zur Bereinbarung zwischen den Landesregierungen Preugen, Oldenburg und Bremen über die einheitliche Berwaltung der Strandungsangelegenheiten im Gebiet der Unterwefer und Außenweser.

Die an der Vereinbarung beteiligten Regierungen stellen in Ergänzung der oben genannten Bereinbarung folgendes fest:

- 1. Das Recht der Landesregierungen, gemäß § 22 der Strandungsordnung zu bestimmen, welche Gewässer bei Anwendung der §§ 20 und 21 der Strandungsordnung der See gleichzustellen sind, bleibt bestehen.
- 2. Beftehen bleiben ferner die Rechte ber Landesregierungen aus § 35 der Strandungsordnung.

- 3. Die beteiligten Landesregierungen sind sich darüber einig, daß nach den Richtlinien, die das Reichsverkehrsministerium am 19. Februar 1931 für die Handhabung des § 25 der Strandungsordnung erlassen hat, die Wasserstraßendirektion Bremen und der Regierungs- präsident in Stade und als dessen Organ das Wasserbauamt Wesermünde für die Besteitung von Wracks usw. auf der Weser zuständig sind.
- 4. Als westliche Grenze für die Außenweser soll die Linie Schlüsseltonne Minsenersandsfeuerschiff Hoherweg Leuchtturm Kirchturm von Langwarden gelten.

Berlin, den 8. April 1936.

Oldenburg, den 30. Mai 1936.

Preußisches Staatsministerium. Göring. Oldenburgisches Staatsministerium. Vauly.

Bremen, den 23. Mai 1936.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen. Otto Heider Regierender Bürgermeister.

### Befanntmachung.

Nach Borschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) find bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 8. Juni 1936 über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich (Wehrmachtfiskus) für Reichszwecke

durch das Amtsblatt der Regierung in Oppeln Nr. 26 S. 176, ausgegeben am 27. Juni 1936;

2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 9. Juni 1936 über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Rohstoffbetrieb der Vereinigten Stahlwerke, G. m. b. H. in Dortmund, zur Erweiterung der Vergwerksanlagen und Gleisanschlüsse der Eisenerzgrube "Finkenkuhle" bei Salzgitter als Austauschgelände für die Erhaltung bestehender bäuerlicher Vetriebe

durch das Amtsblatt der Regierung in Hildesheim Nr. 25 S. 75, ausgegeben am 20. Juni 1936;

3. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 23. Juni 1936 über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadt Verlin zum Erwerd des Grundstücks Alt-Stralau 32 b in Verlin für die Herstellung eines öffentlichen Plațes durch das Amtsblatt für den Landespolizeibezirk Verlin Ar. 54 S. 156, ausgegeben am 4. Juli 1936.

Herausgegeben vom Preußischen Staatsministerium. — Druck: Preußische Druckereis und Berlags-Aktiengesellschaft Berlin.
Verlag: R. v. Decker's Verlag, G. Schenck, Berlin W 9, Linkstraße 35. (Postichecktonto Berlin 9059).
Den lansenden Bezug der Preußischen Geselziammlung vermitteln nur die Postanskalten (Bezugspreiß 1,40 KM vierteljährlich): einzelne Rummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Berlag und durch den Buchhandel bezogen werden.
Breiß sür den achtseitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Kps., bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. H. Preisermäßigung.

Brend: Cesetsinintum 1936. Vr. 17. ausgegeben nin 16. 7. as.

Die heielikären Embescopfenungen find hie darüber einla, daß nach den Richtlinken die das die ihre beie handenung des L. Jedenmer 1937 für die handbarung des L. Zo der Straubungsbröhnung erlassen hat, die Richtruftruftenbirektion Bromen und der Regierungspräsident in Stade und als dessen Bos Wasserunder Wisserungen für die Be-

Alls westische Vrenze sür die Richemosser sell die Linie Schlösseltenne – Minsenersande federschiff – Hospervoeg – Leachturin – Arrehurm von Languarden gelten.

Sear time of the search of the

Arcunifches Stantsuninifierium. .... Didenburgisches Stantsuninifierium.

Bremen, ben 23. Mai 1936.

Der Senat ber Freien Haufestabt Bremen.

Regierender Bürgemeil et.

Bekauntmachung.

A ach Burfolle des Gofenes bom 10. Ihril 1872 (Gesenhammt. E. 357) find befountgeinicht:

über des Berüfibung bes Entrigmingsrechts an das Teathhe Meldymochtistus) für Reichsgwede

durch das Amisblait der Regierung in Oppeln Nr. 26 S. 176, ausgegeben am 27. Juni 1936;

2. der Erlah des Preuhlichen Staatsministeriums dem A. Junt 1936 ilber die Berkeichung des Enteignungskehrs an den drochentend der Vereinigten Etablewerte, E. and. H. in Dortmund, zur Arbeiterung der Bergwerfsanlagen und Gleisanlahliste der Essenzgrude, "Sinkenkuble" hei Salgstier als Austmeschiebe sir die Erbaltung bestehender bäuerlicher Betriebe

burch das Amteblatt der Regierung in Hidesheim Ar. 25 E. 75, ausgegeben am 20. Juni 1936;

3. der Erlaß des Preußischen Staatsminifteriums vom 22. Juni 1936

über die Berkelhung des Entelgnungsrechts an die Stadt Berlin zum Erioerd des Grundif compres [higds Alt-Stralan II.) in Berlin, lit die Herftung eines öffentlichen Alaves versechung das Amisblatt für den Landespolizeibeitet Berlin Nr. 64. 2. 1561, ausgezehen um k. Jeli 1888.

Peransgegeben von Preugischen Ciantsministerium - Drude Preugisch Druderei- und

Verlage M. v. Decker's Berlag. C. Scheme Berlin N. V. Lintfirage 25. (Polylighedionis Berlin 9059).
Den amienden Berin der Erenälichen Gelekannaburg vernitien und die Robentlaten (Bernsport 2,40 vol. derteläcklich):
einzelte kunnnern und könnenkinge (auch alren) bannen unminelbar dem Berlag und nurch den Ausbandel beragen berkeit interden.
Einels ihr den achfeltigen Lorgen oder den Borgeneit vol. der erd erem Berlagen und die 20 v. d. delermitätigen.